

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Bürgerhaushalt - ein Thema das uns eigentlich alle angehen sollte. Wie ist das Interesse, haben sich die Marzahn-Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürger eingemischt, wie steht es um die Stadtteilzentren? Mehr auf den Seiten 1/6

Bayern steht vor Landtagswahlen. Ob es der LINKEN gelingen wird, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen? Petra Pau mischt sich aktiv in den Wahlkampf ein. Ihre Eindrücke schildert sie wie immer gekonnt und mit Humor. Seite 2

Die Jugendseite - die zwölfte in Folge - mit den Themen: Wir wollen kein Stück vom Kuchen ... / ... wir wollen ein anderes Rezept / L wie Luxus / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Termintipp für Rock für Links 2008 Seite 7

Mitreden, mitentscheiden! Auftakt zum Bürgerhaushalt 2010

„Rede mit - Verwalte mit - Entscheide mit!“

Unter diesem Leitspruch startete der Bezirk Marzahn-Hellersdorf 2005 das Projekt „Bürgerhaushalt“. Bürgerinnen und Bürger der drei Pilotstadtteile Biesdorf, Hellersdorf-Süd und Marzahn-Nord waren aufgerufen, über die haushaltspolitischen Prioritätensetzungen zu diskutieren, drängende Probleme anzusprechen und selbst Vorschläge zu unterbreiten.

Die rege Beteiligung in den Stadtteilen hat sich gelohnt. Viele der Vorschläge konnten bereits umgesetzt werden, alle fanden Eingang in die Arbeit von Bezirksamt und BVV.

Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen hat sich DIE LINKE für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Zielstellung ist die Entwicklung des Bezirks hin zur Bürgerkommune. Um demokratische Mitbestimmung vor Ort zu stärken, sollen die Stadtteilzentren zu lebendigen Schnittstellen von Bezirksamt, sozio-kulturellen Einrichtungen, und Politik entwickelt werden, wo Bürgerinnen und Bürger dauerhaft ihre Interessen artikulieren und vertreten können.

Ein wichtiges Element der Bürgerbeteiligung ist der Bürgerhaushalt. Im Januar 2008 hat das Bezirksamt beschlossen, zu den Haushaltsberatungen für den Doppel-

haushalt 2010/2011 den dezentralen Beteiligungsprozess wieder aufzunehmen und auf alle neun Stadtteile auszudehnen. Der Bürgerhaushalt startet im September mit drei bezirksweiten Auftaktveranstaltungen, in denen das Bezirksamt über den Bezirkshaushalt sowie das Beteiligungsverfahren informieren wird.

Die eigentliche Arbeit zum Bürgerhaushalt findet im Zeitraum von Oktober 2008 bis Januar 2009 in den Stadtteilzentren statt. Wie bereits zur Pilotphase werden in den Stadtteilen Vorschlagslisten erarbeitet, die dem Bezirksamt und der BVV zur Beratung übergeben werden.

Beide haben sich bereiterklärt, alle Vorschläge zu bearbeiten ohne Rücksicht auf „Zuständigkeiten“. Für die Bürgerinnen und Bürger bringt dies die Gewissheit, dass keines ihrer Probleme unbearbeitet bleibt, egal ob sie Relevanz zum Bezirkshaushalt haben.

Für DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf bedeutet die dezentrale Ausrichtung, dass sie ihr Engagement ebenfalls auf die Beratungen in den Stadtteilen konzentrieren wird.

Um in den Stadtteilen präsent sein zu können, wurden aus Basisgruppen, der Linksfraktion in der BVV

Was gibt's noch?

Seite 2:

Hat es das wirklich nicht gegeben? / Petra Pau (MdB): Spannung in Bayern

Seite 3:

Aus dem Bezirksvorstand

Seite 4:

Sorge um den Frieden

Seite 5:

Landes- und Kommunalpolitisches

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Abwasserkanalisation

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

und dem Abgeordnetenhaus sowie dem Bezirksvorstand Genossinnen und Genossen gewonnen, um den Beratungsprozess zu begleiten und die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Torsten Kläring

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung.

Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.

Im Jahresabo für 21,60 Euro:

DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

disput@die-linke.de

Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Hat es das wirklich nicht gegeben?

Die Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben" – Antisemitismus in der DDR" hat schon lange bevor sie in Marzahn-Hellersdorf „offiziell" gezeigt wird (sie war ja schon in der Alice-Salomon-Fachhochschule zu sehen) die Gemüter bewegt. Ja, der Titel legt nahe, dass hier eine Art „Enthüllung" über eine verborgene Seite der DDR betrieben und damit zu ihrer Delegitimation beigetragen wird. Vermutlich war das auch Absicht – aber ist wohl nicht den Schülern anzulasten, die das Material gesammelt und aufbereitet haben. Für mich überraschend hat sich aber in einigen Reaktionen – „Marzahn-Hellersdorf links" hat ja schon Leserbriefe dazu veröffentlicht – diese Überschrift bestätigt. „In der DDR gab es keinen Antisemitismus!" – das habe ich in mehreren Zuschriften gelesen. Das ist ganz einfach falsch. Natürlich gab es auch in der DDR – wie in der Alt-BRD und vielen anderen Ländern – Antisemitismus. Er war nicht Regierungspolitik, er widersprach der Verfassung und den Gesetzen, aber es gab ihn. Die Ausstellung dokumentiert Schändungen jüdischer Friedhöfe, antisemitische Schmierereien, antisemitische Äußerungen von Schülern und manches andere, was ich aus eigenem Erleben durchaus bestätigen kann – ich könn-

te da auch noch manches ergänzen. Und es gab auch einen „Alltags-Antisemitismus" bei manchen Menschen: „Der ist doch Jude" war nicht immer als Lob gemeint. Wie sollte das eigentlich auch anders sein – auch an den späteren DDR-Bürgern ist die faschistische Hetze gegen die Juden doch nicht einfach spurlos vorbeigegangen. Manches war vielleicht „nur" Gedankenlosigkeit – so wie heute mancher von „Fidschis" spricht, wenn er Vietnamesen meint – aber ist das nicht eine Art „Alltags-Rassismus"? Jedenfalls ist es eine Erscheinung, über die ernsthaft zu debattieren wäre.

Einen beträchtlichen Teil der Ausstellung nimmt die Berichterstattung über Israel und die arabischen Länder in den Medien der DDR ein – ein Thema, das wir auch im Bezirksverband schon diskutiert haben und zu dem es sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Aber diskutieren erfordert doch, andere Auffassungen zur Kenntnis zu nehmen und darüber nachzudenken. Ich stimme den Wertungen zu Ursachen und Konsequenzen dieser Erscheinungen in der DDR durchaus nicht immer zu, aber ich halte sie für ernstzunehmende Positionen, mit denen man sich auseinandersetzen kann und muss.

Ich kann Interessenten nur empfehlen, sich

diese Ausstellung „unaufgeregt" anzusehen und dafür auch ein wenig Zeit aufzuwenden – man sollte sich die umfangreichen Texte schon durchlesen. Und dann kann man debattieren. Begonnen hat die Diskussion ja schon, sie sollte weitergeführt werden. Wem es – wie mir – darum geht, dass die Errungenschaften der DDR in einer zukünftigen Gesellschaft inhaltlich aufgehoben werden müssen, der muss auch bereit sein, sich einer kritischen Debatte zu stellen.

Bernd Preußner

Welche Forderungen haben wir in die BVV eingebracht?

Insgesamt wurden 64 unserer Anträge durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen, davon werden u.a. umgesetzt:

- Die weitere Finanzierung der Arbeit von „Polis" (Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus).
- Benennung einer Straße/ eines Platzes nach Jurek Becker.
- Ehrung des spanischen Künstlers Josep Renau (eine Ausstellung mit seinen Werken findet von Dezember 2008 bis Januar 2009 in der Pyramide statt).
- Anfertigung von Notfallkarten (mit wichtigen Telefonnummern) zur Auslage in den Bürgerämtern.
- Übersicht über Erfüllungsstand der Anträge aus dem Projekt Bürgerhaushalt.
- Durchführung des Werkstattverfahrens zu den Ringkolonnaden.

Eine Reihe von Beschlüssen kann aus unterschiedlichen Gründen nicht umgesetzt werden:

- Der vorzeitige Ausbau einer Tangentialverbindung Ost (wird vom Senat nicht befürwortet).
- Angleichung der Wassertarife in den Siedlungsgebieten an die in Brandenburg (wird von den Wasserbetrieben abgelehnt).
- Bahnsteigabsenkung auf dem Bahnhof Ahrensfelde (wird vom Betreiber der Bahn abgelehnt).
- Erstellung einer Prioritätenliste für die Sanierung von Straßen (vom zuständigen Stadtrat abgelehnt, weil Geld sowieso nur für Schadensbehebung zur Verfügung steht).

Keine endgültige Entscheidung ist bisher zur Ortsumfahrung Ahrensfelde getroffen worden, und im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit der Erhebung von Erschließungskostenbeiträgen für den Hatzenporter Weg muss für eine endgültige Entscheidung das Ergebnis eines Rechtsstreits abgewartet werden.

Renate Schilling

Petra Pau (MdB):

Spannung in Bayern

Mehrfach fuhr ich in den zurückliegenden Wochen nach Bayern. Das wird sich fortsetzen. Denn am 28. September 2008 wird im Freistaat ein neuer Landtag gewählt. Also unterstütze ich DIE LINKE bei ihrem Wahlkampf vor Ort, im Allgäu, in Schwaben, in Franken, in München und anderswo. Spannend an dieser Wahl sind vor allem zwei Fragen. Verliert die CSU ihre absolute Mehrheit und damit ihren Alleinvertretungsanspruch? Und: Schafft es DIE LINKE über die 5-Prozent-Hürde und damit erstmals ins Landesparlament?

Das erste wäre überfällig. Das zweite wäre eine Sensation, die EU-weit für Schlagzeilen sorgen dürfte. Zumal das bajuwarische Wahlrecht die CSU hofiert und kleine Parteien benachteiligt. Trotzdem bläst die CSU auf allen Rohren zum „Kreuzzug gegen DIE LINKE". Wohl bemerkt: Eine 50-Prozent-Partei rückt eine 5-Prozent-Partei ins Zentrum einer üblen Kampagne. Manche mag das schrecken. Aber letztlich spricht das CSU-Theater nur für DIE LINKE. Und es verschafft ihr eine ungeahnte und unbezahlbare Aufmerksamkeit. Danke! Überhaupt sind meine neuen Bayern-Erlebnisse andere, als in früheren

Jahren. Es ist noch gar nicht so lange her, da kamen die Leute vor allem deshalb in meine Veranstaltungen, um mal eine Exotin aus dem fernen Osten leibhaftig zu erleben. Das war dann häufig ein Mix aus Politik und Panoptikum. Nun wollen sie mehr denn je ernsthaft wissen, was DIE LINKE will und was sie kann. Und auch die Bayerische LINKE ist nicht mehr das kleine Häuflein Unverzagter. Sie hat es geschafft, in allen Wahlkreisen zu kandidieren, und das auf einem Territorium so groß wie dereinst die DDR.

Dabei geschehen gar lustige Dinge. Ein Hotel-Besitzer erzählte mir, er habe unterschrieben, damit DIE LINKE überhaupt zur Wahl antreten könne. Das brachte ihm einen rüden Ruffel seines CSU-Bürgermeisters ein: Wieso er – ein bislang unbescholtener Bürger – sich für die linken Lumpen einsetze?! Der Hotelier reagierte prompt. Wenn er wegen einer demokratischen Gefälligkeit schon als Aussätziger gilt, dann könne er auch gleich bei der LINKEN Mitglied werden. Er sagte es, und er tat es. Wenig später bat mich übrigens derselbe CSU-Bürgermeister um einen persönlichen Eintrag in sein „Goldenes Buch".

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Die große Diskrepanz

Zwischen täglichen politischen Statements, die man nicht einmal mehr als Sonntagsreden bezeichnen kann, und dem täglichen realen Erleben vieler Bürger besteht eine große Diskrepanz.

Bildung wird von allen Parteien bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Fokus gestellt, mit der Betonung auf lebenslanges Lernen, wie essentiell diese doch heutzutage sei. Die „arme“ Wirtschaft leide schon stark unter Fachkräftemangel. Tja, liebe Wirtschaft: Ausbildung kostet Zeit, Geld und mindert den Profit. Lassen wir doch meist ärmere Länder als die BR Deutschland die Leute für uns ausbilden und holen sie ins Land. Aus irgendeiner Zeit kommt mir das bekannt vor!

Wir müssen fordern und fördern! So die politischen Aussagen von vormals Rot-Grün und jetzt der großen Koalition.

Nun die konkrete Gegenüberstellung der erlebten Wirklichkeit eines Bürgers, den ich kürzlich interviewte. In der Mitte seines voraussichtlichen Arbeitslebens konnte er seinen erlernten Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben, wurde arbeitslos und musste SGB-II-Leistungen in Anspruch nehmen. Sofort wollte er sich umorientieren und sich in einer anderen Branche

ausbilden lassen. Dieses ginge aber nicht einfach so, teilte ihm das Jobcenter mit, zuvor müsse der Amtsarzt bestätigen, dass er seinen erlernten Beruf nicht mehr ausüben könne. Soweit so gut. Nun glaubt man als normal denkender Mensch eine solche Entscheidung könne spätestens nach acht Wochen fallen, aber weit gefehlt. 18 Monate wurde der Mann vertröstet und mit der Begründung verlorn gegangener Unterlagen hingehalten. In dieser Zeit hätte der Mann eine neue Ausbildung abschließen und wieder Steuern zahlen können. Nur ein Beispiel unter Tausenden in diesem Land. Jetzt setzt die zynische Verlogenheit und Desinformationspolitik der Schleifer des Sozialstaates (expliziertes Beispiel Hans-Olaf Henkel) ein. Allen Ernstes behaupten sie, der Staat gebe 40 % des Bundeshaushaltes für soziale Zwecke aus, und beziehen fälschlicherweise die Rentenversicherung mit ein. Rentenleistungen sind keine soziale Wohltat des Staates, sondern im Laufe eines Arbeitslebens erworbene Versicherungsansprüche, was der Name wohl aussagt. Vielleicht bezieht er ja auch Firmensubventionen mit in seine Rechnung ein, da Arbeitsplätze geschaffen werden. Wieder eine Ausgabe mehr für die „Sozialschmarotzer“ in diesem Land. Den Militäretat würde ich auch als Sozialausgabe deklarieren. Immerhin bringt er vor allem junge Männer von der Straße in Erleb-

niscamps, um fremde Kulturen zu studieren und ihnen unsere Lebensart näher zu bringen. In diesem Zusammenhang noch einmal herzlichen Glückwunsch an die Iren, welche stellvertretend für alle anderen Europäer ihr demokratisches Recht, welches allen anderen europäischen Völkern vorenthalten wurde, wahrnahmen. Sie sagten nein zu einer EU, welche von den Regierenden als undemokratische, bevormundende Monstranz zur Durchsetzung wirtschaftlicher und militärpolitischer Interessen vor sich her geschoben wird. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, ich bin für eine europäische Einheit, allerdings demokratisch durch Volksabstimmungen in allen Mitgliedsstaaten legitimiert. Wieder ein eklatantes Auseinanderklaffen von Reden und Handeln. In die ganze Welt möchte man „Demokratie“ exportieren, hat bei der Praktizierung durch die eigenen Völker aber Angst davor. Durch diese konkreten und realen Sachverhalte büßt das heutige politische und wirtschaftliche System bei vielen Menschen seine Legitimität ein. Viele Menschen werden ungeduldig, denn sie haben nichts zu verschenken. Schon gar keine Lebenszeit. Leute, die dieses System legitimieren wollen, kann ich nur Lebenszeitdiebe nennen.

M. Borchert

Aus dem Bezirksvorstand

Viele nennen das die „Saure-Gurken-Zeit“. Für uns stellt sich die Frage, wie der Bezirksvorstand in dieser Zeit - neben Urlaub, Sonne und Wandern, seine Verantwortung wahrgenommen hat. Hier unser Report:

Der Bezirksvorstand hat auch im Sommer turnusgemäß - zweimal monatlich - anstehende Aufgaben beraten.

- Am 8. Juli unter Leitung von Norbert Seichter mit Sandra Beyer, Uli Clauder, Lore Held, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Norbert Lütke, Wilfried Maier, Bernd Preußner, Sabine Schwarz, Norbert Seichter, Björn Tielebein, Klaus-Dieter Wendt. Gast war die Bezirksverordnete Ute Thomas zu den vom Berliner SPD-Bildungssenator Zöllner veranlassten skandalösen Privatisierungen an den Schulhorten.

- An der Tagung am 22. Juli - Vorsitz Norbert Seichter - mit Sandra Beyer, Lore Held, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Norbert Lütke, Wilfried Maier, Bernd Preußner, Yvette Rami, Marina Richter-Kastschajewa, Manuela Schmidt, Sabine Schwarz, Björn Tielebein, als Gast der Vorsitzende unserer BVV-Fraktion, Klaus-Jürgen Dahler, hauptsächlich im Vorfeld der gemeinsamen Klausur von Fraktion und Bezirksvorstand.

- Die Sitzung am 12. August leitete Björn

Tielebein, mit Lore Held, Norbert Lütke, Bernd Preußner, Marina Richter-Kastschajewa, Manuela Schmidt, Klaus-Dieter Wendt. Als Gäste nahmen die Bürgermeisterin Dagmar Pohle und Ralf Jäger an der Beratung teil; Alfred Lausecker als Vertreter der „Bürgerinitiative Ringkolonnaden“, um deren Anliegen vorzutragen.

- 26. August - Leitung Norbert Seichter - mit Lore Held, Wilfried Maier, Bernd Preußner, Marina Richter-Kastschajewa, Manuela Schmidt, Sabine Schwarz, Klaus-Dieter Wendt. Der Vorstand widmete sich an diesem Tage zwei Schwerpunkten - den Sorgen vieler unserer Mitglieder und Sympathisanten wegen der gefährlichen außenpolitischen Entwicklung in Deutschland und die weitere Diskussion zur Geschichte der Linken.

Zu den in den Sommermonaten aktuellen Themen gehörten die Schulhortprivatisierung - die Finanzierung der Veranstaltung „Rock für Links“ - die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Rentenkampagne der LINKEN (Information Klaus-Dieter Wendt) - die Bitte von Dagmar Pohle, Genossinnen und Genossen für die Teilnahme an den Bürgerhaushalten in den Stadtteilen zu gewinnen, um das Feld nicht den anderen Parteien zu überlassen - Bürgerproteste von Anwohnern im Entwicklungsgebiet Biesdorf gegen die Errichtung einer Spielanlage - die Erwartung der Basisgruppe

51, dass sich der Bezirksvorstand für den Erhalt des Kita-Gebäudes an der Friesengrundschule einsetzt; ein Vertreter des Vorstandes wird im September an der Zusammenkunft der Basisgruppe teilnehmen.

Redaktion MaHeli

• **Premiere • Premiere •**
Auftakt
zur Veranstaltungsreihe:
Geschichte(n)
für die Enkel
am 5. Oktober 2008
15 - 18.30 Uhr
Theater am Park
Frankenholzer Weg 4
12683 Berlin

Musikalisch-literarische Veranstaltung mit Geschichten der Großeltern für die Enkel, um Bewahrenswertes aus der DDR nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, die Geschichtsdebatte fortzuführen und vor allem die Enkelgeneration mit einzubeziehen. **Mick's Washboard** sorgt für die musikalische Begleitung mit jazzigen Klängen, fürs leibliche Wohl sorgen Kaffee und Kuchen.

Juli-BVV: Bildung und Stadtentwicklung

Am 17. Juli traten die Verordneten zur letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause zusammen.

Die Linksfraktion hatte mehrere Fragen und Anträge zur Stadtentwicklung sowie zur Bildungspolitik in die Tagesordnung eingebracht.

Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Dahler fragte das Bezirksamt nach der Perspektive des Marktes an der Gothaer Straße in Hellersdorf. Bezirksstadtrat Norbert Lüdtko (DIE LINKE) teilte mit, dass der Standort in den nächsten Wochen entwickelt werden soll und ein entsprechender Bebauungsplan beschlossen wurde. Geplant sind ein weiterer Lebensmittel-discounter, eine Bäckerei, eine Apotheke, ein Drogeriemarkt sowie ein Frisiersalon. Bereits im November 2007 wurden Bauanträge gestellt und inzwischen auch genehmigt, so dass die Wünsche und Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner eine angemessene Berücksichtigung fanden.

Klaus-Jürgen Dahler begrüßte diese Entwicklung und brachte seine Hoffnung auf einen schnellen Baufortschritt zum Ausdruck.

Ein weiterer Themenschwerpunkt ergab sich aus einer großen Anfrage sowie einem Antrag der LINKEN zur Neuausschreibung der Reinigungsverträge der Schulen im Bezirk.

Informationen aus den Schulen hatte ergeben, dass Maßnahmen zur Grundreinigung, bei der u.a. die Fußböden gereinigt und versiegelt werden, bereits seit längerem sehr unregelmäßig

Big bzw. gar nicht mehr durchgeführt werden. Hassan Metwally, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, fragte das Bezirksamt daher nach den Kriterien für die Neuvergabe der Reinigungsverträge sowie nach der Einbeziehung der Erfahrungen der Schulleitungen in den Vergabeprozess.

Bezirksstadtrat Richter (SPD) bestätigte die Unregelmäßigkeit der Grundreinigungen in den Schulen und führte dies auf Finanzierungsschwierigkeiten zurück. Eine Abschaffung der Grundreinigungen als Bestandteil der Neuvergabe läge allerdings nicht vor, so Richter, der zugleich eine Beteiligung der Schulleitungen am Vergabeprozess ablehnte.

Die BVV beschloss dennoch mit 18:12 Stimmen einen Antrag der LINKEN, der die Einbeziehung der Erfahrungen der Schulleitungen in den Vergabeprozess anregt und die Sicherstellung von elementaren Reinigungsleistungen einfordert. Die Linksfraktion kündigte zudem an, das Thema im Ausschuss Bildung, Kultur und Sport auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Aufstellung von Spritzenautomaten im Bezirk gab das Bezirksamt der BVV eine Vorlage zur Kenntnis, welche die Aufstellung eines Automaten am Standort S-Bahnhof Springpfuhl vorsieht. Für den Fall, dass sich der Automat bewährt, ist ein weiterer Standort in der Nähe des Alice-Salomon-Platzes geplant.

Torsten Kläring

Klausurberatung in Wandlitz

Keineswegs leichte Kost hatten sich Mitglieder der BVV-Fraktion und des Bezirksvorstandes der LINKEN Ende August für ihre Klausurberatung vorgenommen. Am 29.8. befassten sie sich mit dem Ergänzungsplan zum Bezirkshaushalt 2009 und hatten dazu mit Bezirksstadtrat Stefan Komoß einen kompetenten Berichterstatter, der die Prämissen der Haushaltsplanaufstellung nachvollziehbar darstellte und auch nicht die nicht planbaren Risiken ausließ, wie z.B. die künftige Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung. Keinen Zweifel ließ er allerdings auch daran, dass der Spielraum für bezirkliche Gestaltung eher als gering einzuschätzen ist.

Rainer Ferchland lieferte am 30.8. reichlich Stoff zum Diskutieren mit Daten über die sozialräumliche Entwicklung des Bezirkes und dem Vorschlag, die vorliegenden sozialen Analysen zu bündeln und mit Standardfragen regelmäßig auszuwerten, um Handlungsoptionen abzuleiten.

Gerade bei einem der wichtigsten Themen, der Bildung, bei den Konsequenzen aus der Schulnetzplanung wurden in einer sehr kontroversen Diskussion künftige Herausforderungen deutlich. So sind die gesundheitlichen Voraussetzungen der Kinder schwieriger geworden, ebenso die räumlichen Bedingungen in den Grundschulen, die oft nicht den Anforderungen entsprechen, die sich aus dem Schulgesetz ableiten lassen. Damit und mit den großen Klassenfrequenzen von bis zu 30 Schülern pro Klasse werden die Möglichkeiten einer anspruchsvollen

Schulbildung vom ersten Tag an nicht wirklich realisiert. Wie können unsere Kinder „skandinavisch schlau“ werden mit so großen Sparrwängen, fragte Ute Thomas, noch dazu, wenn man berücksichtigt, dass die Kinder heute nicht mehr 7, sondern 5 ½ Jahre alt sind bei der Einschulung und andere Anforderungen bestehen. Entsprechend brisant waren dann die Erklärungen der Fraktion zum Ergänzungsplan, der erstellt werden muss, da die Höhe der Schulden die mögliche Grenze übersteigt. Der Standpunkt der GenossInnen wendet sich im Wesentlichen an unsere Abgeordnetenhausfraktion, da es um Unterstützung für die Forderungen gegenüber dem Senat geht, wie die Anerkennung von bezirklichen Sondertatbeständen in der Schulnetzplanung, die Schulgebäude betreffend. Dagmar Pohle machte auf den Widerspruch aufmerksam, dass Haushaltsvoraussetzungen vom Senat geschaffen werden, die Beschränkungen für die Gestaltung der Schullandschaft mit sich bringen, und dann aber andererseits Forderungen gestellt werden nach politischen Lösungen für Konflikte bei Schulschließungen oder beim Hortumzug aus Kita- in Schulgebäude. Der Fraktionsstandpunkt ist deutlich formuliert: Unsere politische Forderung muss die nach einem neuen Finanzierungssystem zwischen Land und Bezirken sein.

Mit Informationen und Diskussionen zu den neuen Referentenentwürfen mit stärkeren Restriktionen gegenüber Arbeitslosen oder ALG-2-Empfängern vonseiten des Gesetzgebers und

Aus dem Bezirksvorstand

Sorge um den Frieden

Am 26. August 2008 über das gegenwärtige außenpolitische Agieren der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Wir verfolgen mit Sorge die Atmosphäre in Deutschland, die immer mehr auf Konfrontation der Bundesrepublik mit Russland und China gerichtet ist. Unsere Hoffnung, dass der Zerfall der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsgemeinschaft zumindest dazu geführt hat, dass der Kalte Krieg beendet und die Gefahr militärischer Konflikte in Europa beseitigt ist, scheint sich nicht zu erfüllen.

Nicht nur, dass inzwischen deutsche Soldaten auf dem Balkan Menschen getötet, Häuser und Brücken zerstört haben und heute in Afghanistan stehen, alles deutet darauf hin, dass die Bundesregierung im Verbund mit der wahnwitzigen Bush-Administration Vorreiter der NATO bei der Anheizung von Konflikten mit Russland und China ist und eine Neuaufgabe des Kalten Krieges provoziert.

Die Spitze des Eisbergs erleben wir in der zielgerichtet angelegten Verschärfung der Beziehungen mit Russland. Der USA-hörige Präsident Georgiens lässt seine Truppen gegen die Osseten marschieren, aber die CDU/SPD-Regierung versucht – offensichtlich nicht ohne Erfolg – allein die Russen des Verstoßes gegen das Völkerrecht zu beschuldigen. Und nur ihrem Gewissen verpflichtete deutsche Journalisten, vorneweg die von ARD und ZDF, tun so, als hätte die russische Schutzmacht den 1992 ausgehandelten Waffenstillstand gebrochen. Schon fordern CDU-Bundestagsabgeordnete den Einsatz deutscher Soldaten in Georgien – „zur Sicherheit“!

Wenn die Welt wieder an den Rand eines Weltkrieges mit ungeahnten Folgen rückt, dürfen die Friedenskräfte nicht schweigen. Wir wenden uns an die Friedensgruppen in diesem Land, an Parteien – auch an unsere, DIE LINKE – gegen diese Politik Widerstand zu leisten!

Möge jede, möge jeder hinter die Worte schauen, die ihm von Politikern und Journalisten gesagt werden. Möge jede, möge jeder nicht nur mit den Schultern zucken, sondern nachdenken, was sie, was er tun sollte. Wir stehen an ihrer Seite.

Wilfried Maier, Bezirksvorstandsmitglied

andererseits der Nutzung der Potentiale der Arbeitsmarktinstrumente im Bezirk wurde die Beratung fortgesetzt. Dazu bleibt zu konstatieren, dass im Bezirk eine stark verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit herrscht und Spätaussiedler dabei überproportional repräsentiert sind. Es bleibt notwendig, Hilfen zur Selbsthilfe für psychosoziale Problemlagen zu gewähren, die Menschen in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken, gemeinsam mit Jobcenter, mit Trägern nach neuen Möglichkeiten zu suchen, wie bspw. das neue Modell der Kommunalkombi, als einer längerfristigen, zweijährigen Arbeitsplatzmaßnahme.

Sabine Schwarz

„Pro Reli“ e.V. - Initiative für Religiöse und Politische Bildung geht in die 2. Runde

Nun ist es „amtlich“ und vom Landeswahlleiter bestätigt: Am 22. September beginnt die zweite Stufe des von „Pro Reli“ angestrebten Volksbegehrens für ein Wahlpflichtfach Religion. Bis 21. Januar 2009 können Bürger/innen in den Bürgerämtern ihre Unterschrift PRO Volksbegehren abgeben. Sammeln kann die Initiative wegen der von rot-rot eingeführten und vom Parlament beschlossenen besseren Partizipationsmöglichkeiten nun auch auf Straßen und Plätzen.

Wenn es „Pro Reli“ gelingt, 170 000 Unterschriften zu bringen, muss der Senat entscheiden. Lehnt er das Begehren ab, kommt es zum Volksentscheid. Dieser würde dann voraussichtlich an einem Tag im Juni 2009 stattfinden. Bei einem Volksentscheid müsste ein Quorum von mind. 610 000 Stimmberechtigten für das PRO-Begehren sein. Dann wäre es erfolgreich und müsste politisch umgesetzt werden.

2006 hat Rot-Rot in Berlin „Ethik“ für die Klassen 7 bis 10 als gemeinsames Wertefach für alle Jugendlichen eingeführt.

Ziel von „Pro Reli“ ist die Abschaffung von „Ethik“ als integrativem Pflichtfach zugunsten eines „Wahl“-Pflichtfaches Ethik/Religion. Religion und Ethik sollen sogar bereits ab Klasse eins und dann bis Klasse zwölf Pflichtfächer sein. Eltern (bis zum 14. Lebensjahr) und Schüler müssen sich dann für bzw. gegen eines der beiden Fächer entscheiden.

Das allerdings wäre das Ende der Wahlfreiheit und nicht ihr Beginn. Denn jetzt können in Berlin alle Jugendlichen, die es wollen, freiwillig am Religionsunterricht teilnehmen. Das ist gut so, und daran soll sich auch nichts ändern.

Nicht gut ist, dass „Pro Reli“ und die sie unterstützenden Kirchen, verschiedene Medien sowie CDU und FDP mit zum Teil unglaublichen verdrehenden Äußerungen Unterstellungen und Diffamierungen vorgehen, um ihr Interesse in die Öffentlichkeit zu tragen.

So geht das schon seit Beginn der Ethikdebatte. „Berliner Religionskrieg“ (Berliner Morgenpost 7.4.02), „Senat entblößt Atheistenfratze“ (taz 16.3.05); „Zustände wie in der Nazizeit“ (Kardinal Sterzinsky in der Süddeutschen Zeitung vom 4.4.05) sind einige Beispiele und geben einen Vorgeschmack auf den Ton der künftigen Debatte. Sogar ein „Notbund für den ev. Religionsunterricht e.V.“ wurde aktiv.

Und nach der Anhörung im Bildungsausschuss zum Fach Ethik im Mai dieses Jahres befürchtete der Tagesspiegel gar einen drohenden „Kulturkampf“.

Den wollen wir sicher nicht, wir wollen ihn verhindern. Und gegebenenfalls müssen sich auch die politischen Repräsentanten Berlins hier sehr offensiv einmischen.

Wichtig aber ist: DIE LINKE wie auch SPD und Grüne stehen hinter dem gemeinsamen Fach Ethik und sie wollen das Angebot weiter verbessern.

Für die Ausgestaltung von „Ethik“ sind die Schulen auf Basis eines Rahmenplans selbst verantwortlich. Dazu gehört u.a. auch die Möglichkeit

einer Kooperation mit den Kirchen und Religions- und Wertegemeinschaften, von denen es in Berlin mehr als 100 gibt.

Das alles geht sicher nicht ohne Konflikte und Widersprüche und ja, es gibt auch Kritik an unzureichenden Arbeitsmaterialien, fehlender Lehrerfortbildung u.v.a.m.

Doch die flächendeckende Einführung eines völlig neuen Faches ist eine große gesellschaftliche Aufgabe und gleichzeitig ein Lernprozess, der selbstverständlich auch längere Zeit dauern wird.

Zur Unterstützung des gemeinsamen Ethikunterrichts hat sich im Mai 2008 das ehemalige „Forum Gemeinsames Wertefach für Berlin“ umgewandelt in die Initiative „ProEthik“.

„ProEthik“ wendet sich mit einem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger Berlins und wird, unterstützt von LINKER, SPD und Grünen, in den nächsten Wochen und Monaten noch intensiver als bisher für ein gemeinsames Fach Ethik und einen noch besseren Ethikunterricht werben.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB)

Gedenkveranstaltung

Am 10. August fand in Marzahn eine Gedenkveranstaltung für den ermordeten vietnamesischen Mitbürger statt.

Auferufen hatte das Antifaschistische Bündnis Marzahn-Hellersdorf (ABM). Dem Aufruf folgten ca. 150 Menschen, darunter Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle sowie die Bezirksstadträte Manuela Schmidt und Norbert Lüttke (DIE LINKE). Sie versammelten sich auf dem Hele-



Foto: H. Hübner

ne-Weigel-Platz und gedachten des 20-jährigen Vietnamesen, der am Vormittag des 6. August durch einen 35-jährigen Mann ausgeraubt und niedergestochen wurde. Trotz Notoperation erlag das Opfer wenige Stunden später seinen schweren Verletzungen und hinterlässt eine hochschwangere Frau. Ein Vertreter des Bündnisses machte auf den rassistischen Hintergrund der Tat aufmerksam und erinnerte an den 1992 unter ähnlichen Umständen ermordeten Nguyen Van Tu. Björn Tielebein vom Bündnis „Kein Vergessen“ und stellvertretender Bezirksvorsitzender der LINKEN sprach den Hinterbliebenen seine Anteilnahme aus und forderte eine schnelle Aufklärung des Tatmotivs.

Im Anschluss an das Gedenken fand ein Trauermarsch zum Tatort statt, wo die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Opfers gedachten und Blumen niederlegten.

Torsten Kläring

Arbeitslosigkeit bleibt soziales Kernproblem!

Trotz zahlreicher Bemühungen, Arbeitsmarktinstrumente für die Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigung zu nutzen, bleibt auch im zweiten Halbjahr des Jahres die Arbeitslosigkeit das soziale Kernproblem in unserem Bezirk. Durch die Politik der Bundesregierungen der letzten Wahlperioden wurden über die Jahre die generelle Anspruchsdauer, die Dauer des Leistungsbezuges und die Zumutbarkeitskriterien zur Aufnahme von Erwerbsarbeit zu Ungunsten der Arbeitslosen verändert. Nach kurzer Zeit Arbeitslosigkeit droht der freie Fall in die Armut. Es bleibt deshalb bei der Forderung, dass die soziale Sicherheit grundsätzlich nicht mehr vom Status als Erwerbstätiger oder Arbeitsloser abhängig sein darf. Soziale Sicherheit ist ein unveräußerliches individuelles Bürgerrecht, das jeder und jedem das Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft zugestehen. Hier kann nur eine wirkliche soziale Grundsicherung diese Forderung umsetzen. Zugleich ist eine arbeitsmarktpolitische Wende notwendig. Dazu gehört die Existenzsichernde Arbeit ebenso, wie ein flächendeckender Mindestlohn. Und es braucht eine öffentlich geförderte Beschäftigungspolitik.

Im Juni 2008 waren bei uns im Bezirk 34.336 Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote liegt bei 13,5 Prozent. Darüber hinaus gibt es nach den Bestimmungen des SGB II (Hartz IV) 27.189 Bedarfsgemeinschaften. Hier sind insgesamt 50.475 Menschen erfasst, wovon 20.892 unter 25 Jahre alt sind. Mit Hartz IV wird das Problem der Massenarbeitslosigkeit auf den einzelnen abgewälzt. Armut breitet sich aus und immer mehr Kinder sind Leidtragende dieses Systems. Um dem entgegenzuwirken, orientiert sich unsere bezirkliche Arbeitsmarktpolitik an den Instrumenten, die eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Mit der Zielsetzung, zu einem Beschäftigungsaufbau beizutragen, sollen die Strukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik noch enger verzahnt werden. In unserem Bezirk haben wir dabei mit dem bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit gute Erfahrungen gesammelt. Dabei besteht hier das Ziel, durch die Beteiligung verschiedener lokaler Akteure wie der bezirklichen Wirtschaft, Vereinen und Trägern der freien Jugendarbeit und Sozialarbeit, des Bezirksamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des JobCenters Potentiale für Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erschließen.

Dabei werden wir die Verbesserung der Perspektiven älterer Arbeitslosen, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Integration von Migranten und die Stärkung der kulturellen und schulischen Bildung besonders berücksichtigen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender

Altsiedlungsgebiete werden an Abwasserkanalisation angeschlossen

Im Sommer 2007 haben die Koalitionsfraktionen SPD und Linke im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der Senat und Berliner Wasserbetriebe aufforderte, den Großteil der noch nicht an das Wassernetz angeschlossenen Siedlungsgebiete bereits bis 2012, spätestens aber bis 2015 anzuschließen. Hintergrund für diesen Antrag war einerseits die bekannt gewordene Investitionsplanung der Wasserbetriebe, die vorsah, 9 Siedlungsgebiete mit etwa 12.400 Einwohnern erst 2020 an das Abwassernetz anzuschließen. Eine Planung, wie die Koalitionsfraktionen fanden, die nicht mehr zeitgemäß ist. Mit diesem Antrag wurde eine Forderung der Betroffenen aufgegriffen, die nicht länger die Abwasserentsorgung über das Abpumpen der Fäkalgruppen hinnehmen wollten, zumal die Gebühren für diese Art der Entsorgung deutlich höher sind als die Entsorgung über die Abwasserkanalisation. Im Mai dieses Jahres berichteten die Senatsverwaltung für Umweltschutz sowie die Wasserbetriebe dem Abgeordnetenhaus über die Umsetzung des Antrages der Koalition. Demnach werden die

Siedlungsgebiete, die der Kategorie I zu geordnet werden und zu der auch Mahlsdorf Nord gehört, verbindlich bis spätestens Juli 2012 (Bauende) an die Abwasserkanalisation angeschlossen sein.

Bauabschnitte	Baubeginn	Bauende
- Lemkestr., Kieler Str.	11 / 2009	08 / 2010
- Landsberger Str., Bremer Str.	09 / 2009	06 / 2011
- Wacholderheide, Am Schlehdorn	09 / 2010	06 / 2011
- Hamburger Str., Lemkestr.	07 / 2011	04 / 2012
- Stralsunder Str., Daffingerweg	07 / 2011	04 / 2012
- Dahlwitzer Str., Stettiner Str.	07 / 2011	04 / 2012
- Greifswalder Str., Lemkestr.	10 / 2010	07 / 2012

Im Antrag der Koalition wurde für die Gebiete der Kategorie II und III (Gebiet mit geringer Siedlungsdichte und hohen Erschließungskosten) eine Darstellung gefordert, wann für diese Gebiete ein Anschluss an die Abwasserkanalisation vorgesehen ist. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob für diese Gebiete, z. B. in Biesenhorst, der Bau von semizentralen Kläranlagen ermöglicht werden kann. Diese Anlagen sollen entweder durch die Berliner Wasserbetriebe oder auf Initiative der Anwohner in privater Trägerschaft errichtet oder betrieben werden können. Hierzu blieb zunächst eine verbindliche Auskunft der Senatsverwaltung für Umweltschutz und der Berliner Wasserbetriebe aus. Sie wurde zu Anfang 2009 zugesagt. Deutlich wurde aber im Bericht, dass die Senatsverwaltung sich für die Möglichkeit des Baus semizentraler Kläranlagen nunmehr aufgeschlossen zeigt.

Uwe Doering

Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Aus den Siedlungsgebieten

Soziale Stadtteilzentren stärken bezirkliche Siedlungsgebiete!

Wir haben uns in unserem kommunalen Wahlprogramm dafür ausgesprochen, die soziale Infrastruktur in den Siedlungsgebieten weiter auszubauen und zu stärken. Mit dem Vertrag zur Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit von Dezember 2007 ist dabei ein wichtiger Schritt vollzogen worden. In diesem Vertrag haben sich die Paritätischen Wohlfahrtsverbände und der Bezirk auf eine Weiterführung der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen verständigt. In den Siedlungsgebieten gibt es mit den Stadtteilzentren Pestalozzitreff in der Pestalozzistraße 1a, dem Stadtteiltreff Mahlsdorf Süd im Hultschiner Damm 98 und im Schloss Biesdorf, Alt Biesdorf 55 drei wichtige Stadtteilzentren. Hinter dem Begriff der sozialen Stadtteilzentren steht dabei die Idee des Netzwerkes. Verschiedene Träger, Einrichtungen und Projekte stellen ein breites Spektrum von Leistungsangeboten für die Bürgerinnen im Stadtteil bereit. Die Träger der Stadtteilzentren sind dabei erfahrene und langjährige Partner des Bezirkes. Im Pestalozzitreff die MUT gGmbH, im Stadtteiltreff Mahlsdorf-Süd die Arbeiterwohlfahrt und im Schloss Biesdorf der Verein Ball e.V.

Diese Träger sind in ihren Sozialräumen längst Kieztreffpunkte und soziale Angebotszentren geworden. In allen genannten Einrichtungen werden Beratungsleistungen angeboten, Freizeitangebote vorgehalten, Angebote für sozial Benachteiligte und zur Unterstützung von Familien bereitgehalten. Zugleich werden hier in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung geschaffen. In den kommen-

den Wochen wird es darum gehen, die verschiedenen Träger und Einrichtungen in den Stadtteilen noch besser zu vernetzen und die hier entstandenen Bedürfnisse und Vorstellungen zur Entwicklung der Siedlungsgebiete in die öffentliche Diskussion zu bringen. Dazu gehören auch Elemente der Kita- und Schulnetzplanung. Bei der Arbeit zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern, zur Förderung der Nachbarschaftsbeziehungen, der Integra-

tion sozial Benachteiligter und der Förderung der Verantwortung für die Stadtteile werden noch weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht.

Der Fraktionsvorstand der LINKEN hat bei seinen Besuchen vor Ort den Stadtteilzentren im Siedlungsgebiet seine politische Unterstützung zugesichert.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender

Post an uns:

„Musik und Politik“ im Schloss Biesdorf

Zum Auftakt präsentierte Regina Kittler den Satire-Autor Wolfgang Reuter, einst Chefredakteur beim DDR-Kinderfernsehen. Zu interessanter Politik gab es Schmalzstullen und saure Gurken. Die Themen zogen mehr und mehr meine Aufmerksamkeit auf sich. So die Bürgermeisterin zum Streit mit den Anwohnern um den Spielplatz-Bau in Biesdorf-Süd. Sie kam gerade von einer Begegnung mit den Anliegern, die fürchten, dass die Kinder zu laut sind. Horst Schubert, Bezirksverordneter, stellt eine Frage zum Elsensee, von dem er weiß, dass der Privateigentum ist und zu dem Dagmar Pohle ihre Absicht erklärt, dass es den Anwohnern trotzdem möglich sein sollte zu baden. Ich höre, was unser Abgeordneter Carl Wechselberg über das Ziel und den steinigen Weg der Gemeinschaftsschule in Berlin redet. Und von den Querelen mit dem SPD-Senator, der uns jüngst dieses empörende Desaster mit den Schulhort-Erziehern eingetragen hat. Das Straßenausbaubeitragsgesetz ist ein Thema, und es wird deutlich, DIE LINKE macht ihre Position unzureichend öffentlich. Lissy Quart aus dem Gerstenweg spricht Kritisches zur

Arbeit mit dem Stellenpool, und ich höre von der Bürgermeisterin von den Absichten für kollektives Arbeiten der Stadträte von LINKER, SPD und CDU zum Wohle der Bürger, unter dem Slogan, „der Wahlkampf beginnt erst sechs Wochen vor der nächsten Wahl“.

Ich schaue in die Runde, warum nur sind nur so wenig Leute an diesem Abend gekommen? Hat DIE LINKE keine Stimme in unserer Region? Oder sind es die drei dünnen Einladungs-Zeilen in der Marzahn-Hellersdorf links? Irgendwo hatte unsere Organisation einen Riss, den auch die späten Aktionen nicht mehr mit zu flicken vermochten. So bin ich ein bisschen traurig, dass dieses von Regina Kittler kreierte 4-Sterne-Mahl so wenig Genießer fand. Aber immerhin, ich habe mir das blaue Bändchen mit satirischen Gedichten von Wolfgang Reuter gekauft, das bietet mir auch heute noch Erbauung.

Jens Richter

Anmerkung der Redaktion: Die nächste Veranstaltung „Musik und Politik im Schloss Biesdorf“ findet am 5.9. um 18 Uhr statt (siehe Seite 8 dieser Ausgabe).



ROCK FÜR LINKS 2008:

Am 13.09. findet das umsonst&draußen-Konzert „Rock für Links“ am U-Bhf. Cottbusser Platz statt.

Auf dieser Seite: Auszug aus dem „Rock für Links“-Aufruf

Wir wollen kein Stück vom Kuchen ...

Nicht erst seit der Fußball-WM 2006 haben die Deutschen ihr Nationalgefühl wieder entdeckt. An Stammtischen und allem, was dazu verkommen ist, wird der lang herbeigesehnte „normale Patriotismus“ bejubelt. Dass willige Deutsche als Vollstrecker des NS Millionen Menschen ermordeten, dass die Wurzeln dieser Verbrechen längst nicht beseitigt sind, dass auch heute noch Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihres sozialen Status diskriminiert und ausgegrenzt werden, ist in solchen Runden eher lästig. Dann kommt der Hinweis, dass doch alle ganz ungezwungen feiern und Spaß haben und niemand diese „schöne“ schwarz-rot-goldene Kulisse kaputtreden solle.

Das versöhnende Wir-Gefühl hat sich nicht nur tief im Bewusstsein der deutschen Gesellschaft etabliert. Es dient als Bespaßung für eine ausgrenzende Gesellschaft, bei der

mensch alle Hemmungen fallen lassen kann. Neue alte Feindbilder werden geschaffen.

Doch was sich beim Public Viewing im deutschen Kollektiv abspielt, findet tagtäglich im Leben eines jeden Menschen statt. Denn Verwertung ist alles. Was oder wer für die erfolgsorientierte Gesellschaft als „unbrauchbar“ oder „unpassend“ erscheint, wird ausgegrenzt, abgeschoben, stigmatisiert oder einfach ignoriert. Wer den alltäglichen kapitalistischen Lebenskampf bestehen will, muss sich dieser Logik beugen und „brauchbar“ werden oder bleibt auf der Strecke.

Ein Leben außerhalb der Gesellschaft zu führen ist weder möglich noch wünschenswert. Jedoch ein Stück von diesem Kuchen auch noch anzustreben, bedeutet mit zu schwimmen im Konsum orientierten Mainstream, auszugrenzen und sich immer wieder selbst zu verwerfen, im Praktikum, Ferien- oder Minijob.

... wir wollen ein anderes Rezept!

Wir wollen nicht mitmachen, sondern alles anders machen. Unsere Gesellschaft ist reich – reich an Luxus, reich an Bildung, reich an allem, was mensch zum Leben will und noch ein bisschen mehr. Dieser Reichtum darf kein Privileg, sondern muss Menschenrecht sein.

Statt ein individuelles Recht in Anspruch zu nehmen, müssen Hartz IV-EmpfängerInnen ihre Bedürftigkeit genau prüfen lassen, bevor sie die milde Gabe der arbeitenden Bevölkerung erhalten. Wir wollen aber keine Wohltaten sondern ein Grundeinkommen, bedingungslos und auskömmlich. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Kultur und Politik muss jedem Menschen offen stehen. Ob jung oder alt, alle haben das Recht, ein selbst bestimmtes Leben zu führen, ohne Konkurrenzdruck und Leistungszwang.

StudentInnen müssen dem Arbeitsmarkt immer schneller zur Verfügung stehen. Wir wollen im Studium vor allem Wissen erwerben. Bachelor-Schnellabschlüsse mit gerade soviel Know-how, um einem Unternehmen zu nützen, aber bloß nicht zu unabhängig zu sein, sind nichts für uns. Eine Schule für alle und ein Studium ohne Zugangsbeschränkungen für jede Person sind Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Bildung einen höheren Stellenwert einnimmt als kapitalistische Verwertung.

Wir wollen selbst bestimmen über unser Leben, selbst entscheiden ob wir hetero-, homo-, bi-, trans- oder ganz anders sexuell sind. Selbst entscheiden, ob wir arbeiten oder faulenzten, ob wir Gras rauchen oder es sein lassen. Ganz allein entscheiden, ob wir studieren oder Musik machen. Uns reicht auch nicht die Bäckerei – wir wollen einen anderen Kuchen backen.

L wie Luxus

Was eine Gesellschaft als Luxus empfindet, hängt neben der technologischen und kulturellen Entwicklung auch von den jeweils geltenden sozialen Standards ab. Die heutige europäische Gesellschaft ist technologisch sehr fortschrittlich und höchst produktiv, so dass die materielle Versorgung auch mit „Luxusgütern“ für alle Menschen gewährleistet sein könnte. Wirtschafts- und Sozialpolitik muss zum Ziel haben, Dinge, die als „Luxus“ gelten, allen zugänglich zu machen. Dazu zählt neben den drei Porsches und zwei Häusern vor allem Bildung und Studium, kulturelle und politische Teilhabe sowie die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen oder seinen Hobbys nachzugehen.

„Luxus für alle“ ist nicht nur eine in dieser Gesellschaftsform entstehende Parole, es ist gleichzeitig eine von allen Menschen verstandene realistische Forderung. Denn es ist genug da, nur nicht alle können sich alles leisten. Eine Aufhebung dieser Situation nützt sowohl den Menschen als auch dem Staat und den Wirtschaftsunternehmen. Eine auf den ersten Blick sehr hohe finanzielle Belastung der Staatskasse durch beispielsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein riesiges Konjunkturprogramm. Die Umsätze der Unternehmen würden explodieren und Arbeitsplätze müssten entstehen, um die Nachfrage nach bestimmten Gütern abzudecken. Die meisten Sozialausgaben des Staates würden wegfallen und so den Haushalt entlasten und entbürokratisieren. Rentenversicherungen, wie wir sie heute kennen, könnten abgeschafft werden und so die Auswirkungen des demographischen Wandels reduzieren.

Des Weiteren bestünde zum ersten Mal die Möglichkeit zu arbeiten, um Spaß daran zu haben, um etwas auszuprobieren oder um kreativ zu sein. Wenn nicht mehr die Existenz vom Arbeitseinkommen abhängt, können ArbeitnehmerInnen tatsächlich frei über ihren Beruf entscheiden und auf Augenhöhe um Gehalt und Arbeitsbedingungen verhandeln.

aus dem Aufruf zum „Rock für Links“ 2008

Christian Schwinge

Veranstaltungen

» **5.9., 18 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, „**Musik und Politik**“ mit Norbert Lüdtkke, Bezirksstadtrat für Ökologische Stadtentwicklung; Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, MdA; Regina Kittler, stellvertretende Vorsitzende der BVV-Fraktion, Vorsitzende des Ausschusses für Siedlungsgebiete und Verkehr; berichten über ihre Arbeit und erwarten Ihre Fragen, Kritik und Vorschläge - das kann für Ihr Wohngebiet sein, den Bezirk oder auch für die Berliner Politik -; Musikalisch-Literarisches von und mit Wolfgang Reuter

» **10.9., 17 - 19 Uhr**, Bürgerhaus, Marchwizastraße 24/26, 12681 Berlin, „**Genderpolitisches Rahmenprogramm 2008 - 2011 - Was bedeutet das?**“ mit Almuth Nehring-Venus, Staatssekretätin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

» **14.10., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte - zur Erklärung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE“, Referent: Prof. Dr. Stefan Doernberg, Moderation: Dr. Wolfgang Girmus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

Bezirksvorstand

» **2.9. und 23.9.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **8.10.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » **8.10.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
- » **9.10.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwizastr. 24/26
- » **9.10.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

- » 18.9. 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**
- » 23.9., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **22.9., 17 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdA), „Arche“, Tangermünder Straße 7, 12627 Berlin

» **24.9., 17.30 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdA), Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **24.9., 19.30 - 21 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdA), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **29.9., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdA), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536

» **30.9., 16 - 18 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Hinten links

Nachdenken nach dem 13. August ...

... bleibt angesagt.

Auch 47 Jahre nach 1961 rauschten wieder die Blätter der Boulevardpresse und Vertreter von Regierung und Parteien zeigten sich entrüstet gerührt.

Jeder der 500 Toten aus den 40 Jahren deutsch-deutscher Trennung ist ein tragisches Menschenschicksal für sich.

Nur erklären die einseitigen Schuldzuweisungen gen Osten nichts.

An der Grenze zwischen den USA und Mexiko kommen Jahr für Jahr mehr als 500 Menschen zu Tode!

An den Außengrenzen der Europäischen Union wurden seit 1990 über 42.000 Tote gezählt!

Frage

Wer stellt sich Fragen zu den Relationen? Wer fragt hier nach Einzelchicksalen? Wer will die Ursachen wissen? Wer will das beenden?

R. Rüdiger

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen: Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 1.9.2008. Auslieferung ab: 3.9.2008. **Druck:** Eigen- druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 9.10. und 6.11.2008.